BEBAUUNGSPLAN DER GEMEINDE PALZEM

- ORTSTEIL WEHR -

Unterm Dorf

Im Kreuzgarten

in der Neuwies

Bei der Kirch

Ober der Kirch

Ober dem Dorf im Sabel

Im hintersten Bungert

Im Sabel

Bohnengarten

Wehr

Flur A

Flur 1

Gartenland

Schule

Fußweg nach Bedarf

Straße

Weg

Graben

K 110

Ausbaubreite der Fahrbahn und Straßenkörper nach Detailplänen des Bauloasträgers

Siehe 4. Änderung vom 26.5.1982

S. Änderungsurkunde v. 14.4.08

S A T Z U N G

(1. Änderung)

zum Bebauungsplan der Ortsgemeinde Palzem, Ortsteil Wehr
Teilgebiet "Im Sabel/Ober der Kirch"

Aufgrund der §§ 2 Abs. 1, 10 und 13 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 18.08.76 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert am 06.07.79 (BGBl. I S. 949), und des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (Gemo) vom 14.12.73 (GVBl. S. 419) hat der Ortsgemeinderat Palzem am 06.05.82 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Der in dem Bebauungsplan (rechtsverbindlich seit 04.06.80) vorgesehene Fußweg in dem Bereich der Parzellen 3400/875 und 876/2 wird auf 3,00 m Breite festgesetzt.

§ 2

Da diese Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BBauG erfolgt, ist eine Auslegung und Genehmigung nicht erforderlich. Die Änderung des Bebauungsplanes wird gem. § 12 BBauG mit der Bekanntmachung dieser Satzung rechtsverbindlich.

Palzem, den 26. Mai 1982

Ortsgemeinde Palzem

- Ortsbürgermeister -

Begründung:

Der genannte Fußweg soll die hinter der bereits vorhandenen und der künftigen Bebauung gelegenen Gartenflächen erschließen. Diese Gartenflächen sollen aber auch maschinell bearbeitet werden können. Aus diesem Grunde haben verschiedene Grundstückseigentümer angeregt, die Wegebreite statt ursprünglich 2,00 m mit 3,00 m vorzusehen.

Änderungsbeschluß vom	06.11.1981
bekanntgemacht am	26.05.1982
rechtsverbindlich ab	26.05.1982

Maßstab 1 : 10000

Wehr · Bratten · Sangenröttchen · holz

① MD II o (siehe Änderungsurkunde vom 14.04.08)
② MD I
③ MD I

1. Im Dorfgebiet MDr (§ 5 BauNVO) sind Anlagen nach Abs. 2 Nr. 1a BauNVO (Tankstellen), die besonders störungsempfindlichen Infrastruktur-Einrichtungen wie Schweinemastbetrieben, Hühnerfarmen u. dgl. allgemein unzulässig.
2. Für das Maß der baulichen Nutzung gelten grundsätzlich die Höchstwerte der §§ 17 und 17a nach § 16 BauNVO. Diese dürfen durch Baugrenzen festgesetzten, überbaubaren Flächen nicht überschritten werden. In begründeten Fällen sind Ausnahmen nach § 31 (1) BBauG zulässig.
3. Nebenanlagen gem. § 14(2) BauNVO wie Anlagen und Einrichtungen der Energie- u. Wasserversorgung sowie Entsorgungseinrichtungen sind allgemein zulässig, auch soweit für diese im Bebauungsplan keine Flächen festgesetzt sind.
4. Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen anzuordnen; der Abstand zwischen Garagenfront und Straßenbegrenzungslinie muß mind. 5,00 m betragen. Ausnahmen nach § 31(1) BBauG sind zulässig.
5. Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen ist nach Bepflanzungsplänen durchzuführen, die mit der Unteren Landespflegebehörde abzustimmen sind:
   a) Ausbau und Ordnungsstellung des Dorfplatzes;
   b) Erweiterung des Friedhofes;
   c) Beschattungsbäume für Parkplatz;

Die unbebauten Flächen der privaten Grundstücke sowie die Vorgärten sind gärtnerisch anzulegen. Die Anlage von Ziergärten aus Schotter, Kies o. ähnlichen, die Anlage von als Wohnraum nutzbaren Kellerräumen unter Grundstücksteilen ist nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden.
Im Bebauungsplanbereich sind Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie zulässig.
Für die Gestaltung der Gebäude sind die Vorschriften der §§ 81 und 82 LBauO zu beachten.
Für die Gestaltung der Dächer gelten folgende Festsetzungen:
Dachneigung: Für die Hauptgebäude sind nur Satteldächer zulässig. Die Dachneigung darf 45° nicht überschreiten.
Dacheindeckung: Als Dacheindeckung sind nur rote oder rotbraune Dachziegel oder Dachsteine zulässig. Glasierte Dachziegel sind unzulässig.
Garagen: Garagen sind grundsätzlich in massiver Bauweise herzustellen. Garagen mit Flachdächer sind mit einem Flachdach zu versehen, sowie die sonst errichtete Garage ist maßgebend für die Folgenden.
Im Vorgartenbereich der Hauptgebäude sind Einfriedigungen nur in Form der vorhandenen Hecken zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden.
Garagen auf gemeinsamen Grenzen sind in ihrer äußeren Erscheinung aufeinander abzustimmen und